

Ist die repräsentative Demokratie am Ende – oder erst in den Kinderschuhen?

Eine Erwiderung auf zwei Beiträge von Prof. Wolfgang Berger

Johannes Heinrichs

Lieber Herr Kollege Berger, wir sind uns einige Male in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte begegnet, zuletzt wohl im Frühjahr 2006, als ich mich auf Einladung der Berliner Humanwirtschaftsgruppe gerade entschlossen hatte, dort bei den Repräsentantenhaus-Wahlen als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen. Die Wahl wurde kein voller Erfolg für die Humanwirtschafts-Partei, wie er meines Erachtens möglich gewesen wäre, weil die notwendige Einheit von Geld- und Demokratiereform aus persönlichen Gründen nicht wirklich durchgehalten und die beiden Anliegen doch wieder auseinanderdividiert wurden. Sie sagten mir damals vor dem Auseinandergehen, mein Konzept der „Viergliedderung der Demokratie“ – heute spreche ich mit meinen politischen Freunden lieber von viergegliederter „Wertstufendemokratie“ – sei ja allenfalls etwas für die ferne Zukunft und derzeit nicht realisierbar.

Ich habe seither Ihre kenntnisreichen Beiträge in der **HUMANEN WIRTSCHAFT** stets mit großem Interesse gelesen, wenn auch nicht immer mit Einverständnis, wenn es z. B. um die Einschätzung des russischen Präsidenten Putins ging. Ich sah mich allerdings nicht herausgefordert, zu solchen politischen Einschätzungen Stellung zu nehmen, jedenfalls nicht öffentlich, weil es mir stets um strukturelle Fragen geht. Nun aber haben Sie in diesem Jahrgang der „Humanen Wirtschaft“ zwei gewichtige Beiträge zum Demokratieproblem geliefert. Durch diese fühle ich mich nun allerdings sehr herausgefordert, weil sie meiner Sichtweise und meinen in Büchern breit und auch in dieser Zeitschrift mehrfach ausgearbeiteten Entwürfen nicht nur teilweise entgegengesetzt

sind, sondern weil Sie diese schlicht ignorieren. Da Ignorieren nun keine Form des demokratischen „Diskurses“ ist, möchte ich es nicht fortsetzen. Ich kann dieses Modewort „Diskurs“ wegen seiner von Habermas geprägten und von ihm wie von anderen tausendfach populistisch ausgenutzten Mehrdeutigkeit immer nur in Anführungszeichen verwenden: Meint es Argumentation oder (wie im Englischen und Französischen) thematischen Diskussionszusammenhang überhaupt, mit allen Äußerungsformen? Ich jedenfalls möchte auf Argumentation hinaus, wenn ich mich nun auf Ihre Beiträge „System Change Now“ (HW Heft 2/2019) und „Direkte Demokratie“ (HW Heft 4/2019) beziehe.

Ihre Einschätzung, dass die gegenwärtigen Politiker alle Bodenhaftung verloren haben und dass dies systemische Gründe in der derzeitigen Form des Parlamentarismus (mit dem derzeit auf über 700 Sitze teuer aufgeblähten Bundestag) hat, teile ich voll und ganz. „Das System verlangt ein immer Mehr, Höher und Schneller. Wer dort drin sitzt, muss mitspielen. Irgendwann reißen die Halterungen und alle fliegen aus den Sitzen. Dann ist das System am Ende. Dieser Tag ist jetzt nicht mehr fern“ (Heft 2, S. 27). Ob Sie mit Ihren Vorschlägen das Ende dieser Vierteldemokratie, wie ich sie nenne, beschleunigen oder noch verzögern, ist eine andere Frage.

Mit Recht verdeutlichen Sie, dass nur Parteimitglieder Aussicht auf eine Direktwahl durch die Erststimme haben, von den Parteilisten für die Zweitstimmen zu schweigen. Sie sprechen von einem Politikmonopol der Parteien, die durch Fraktionsdisziplin der angeblich freien Gewissensentscheidung der gewählten Abgeordneten Hohn sprechen,

von dem blühenden Lobbyismus, der dafür sorgt, dass unsere angebliche Demokratie im Grunde eine Plutokratie ist. Unser parlamentarisches System stecke in einer tiefen Krise, weil die Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler nicht mehr widerspiegeln. Das System sei am Ende (S. 28). Mit alledem sprechen Sie mir voll aus dem Herzen. Ich habe es in meinem Buch „Revolution der Demokratie“ (2003/2014) und vielen Artikeln mit anderen Worten ebenso gezeichnet.

Allerdings habe ich als einen Hauptgrund dieses dysfunktionalen Systems die mangelnde Sachorientierung des gegenwärtigen Parteienwesens hervorgehoben: Unsere jetzigen Parteien werden für alles und daher nichts gewählt. Selbst wenn sie, wie z. B. die Grünen, einen traditionellen Kompetenzschwerpunkt in der Umweltpolitik haben, heißt das nicht, dass diese Partei mit ihrer kulturnivellierenden Multi-Kulti-Haltung auch kompetent für die Migrationspolitik¹ war und ist (weshalb ich sie früh wieder verließ). So könnten wir die Stärken und Schwächen aller Parteien durchgehen. Doch der Wähler steht regelmäßig und systemisch zwangsläufig vor einem Dilemma, nein vielen Dilemmas.

Weil dieses System der Unsachlichkeitsparteien jedoch nicht naturnotwendig ist, sondern in ein System der

¹ Vgl. zu dieser Thematik mit den vielen falschen Alternativen v. Verf.: Gastfreundschaft der Kulturen. Der Weg zwischen Multikulti und neuem Nationalismus, Stuttgart 2017. – In HW 04/2019, S. 14 bestätigt G. Moewes in seinem hervorragenden Artikel über die Wirkungen von Globalisierung und Welthandel treffend die fatale Dialektik, vor der ich schon in der ersten Auflage von 1994 warnte: „Der Anspruch der globalen Eliten, die Bevölkerungen unbedingt im Sinne ihrer falschen Weltvorstellungen politisch korrekt zu erziehen, hat den politischen Rechtsruck ausgelöst“ (S. 14).

Sachparteien verwandelt werden kann, habe ich aufgrund der systemtheoretisch begründeten Unterscheidung der Ebenen Wirtschaft, Politik im engeren Sinne, Kultur und Grundwerte eine ganz andere Folgerung gezogen als Sie, und hier liegt der gewichtige Unterschied:

*Nicht das parlamentarische System und die repräsentative Demokratie sind am Ende, sondern das System der Unsachlichkeitsparteien und des Einheitsparlamentarismus. Diese alte Unordnung muss und kann einem System von **Sachparteien** Platz machen, die in einem nach den großen Wertstufen gegliederten Parlamentarismus bereichsspezifisch gewählt werden, **so dass jede Wahl zugleich eine Sachabstimmung über die Besetzung einer der parlamentarischen Kammern wird:** über Wirtschaft, so dass wir erstmals in der Geschichte eine Wirtschaftsdemokratie hätten, die diesen alt-gewerkschaftlichen Namen wirklich verdient und worin sich die Kompetenz der Geld- und Wirtschaftsreformer austoben und bewähren könnte; über Politik im engeren Sinn (Territorium, Sicherheit, Außenbeziehungen, Rechtsentwicklung), Kultur (Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Künste), Grundwerte (die im Grundwerteparlament in einem pluralistischen Ringen durch Weltanschauungen, Ethiken, Religionen und spirituellen Einstellungen definiert werden, soweit diese Grundwerte der rechtlichen Definition bedürfen).*

Für jede Wertebene könnte, nein müsste es eine unabhängig gewählte parlamentarische Kammer geben, wobei der Vorrang der Grundwerte über die Kultur, dieser über die Politik sowie all dieser über Wirtschaft durch eine Vorrangregelung der Gesetzgebung zu gewährleisten wäre, was durch die bereits heute üblichen mehrfachen „Lesungen“ (Gesetzesvorlagen) in den Teilparlamenten leicht zu gewährleisten wäre. Die fundamentale Rolle der Wirtschaft würde auf diese Weise von einer herrschenden zu einer dienenden. Das Grunddogma, das viele Humanwirtschaftler noch immer mit Marxisten und Neoliberalen teilen, dass nämlich von der Wirtschaft allein das Ganze der Gesellschaft in Ordnung zu

bringen wäre, wäre mit dieser systemisch ermöglichten, ja erzwungenen dienenden Rolle der Wirtschaft endlich konstruktiv zu überwinden.

Außer der Gliederung der Legislative würde sich auch die Exekutive in ihren beiden verschiedenen Formen als Regierungs- und Verwaltungsexekutive natürlich gliedern, so dass das Versagen bzw. der Vertrauensentzug eines der Regierungschefs (zuständig für die Ministerien einer Systemebene) nicht sogleich eine Staatskrise bedeuten würde. Nebenbei würde der Wähler über die Legislative auch in ganz anderem Maße die Verwaltung (die in den bisherigen Staatstheorien vernachlässigt wurde) kontrollieren können.

Sie entwickeln am Schluss des ersten Artikels Vorstellungen von einer verfassungsgebenden Versammlung, die unsere bisherige repräsentative oder parlamentarische Demokratie auf legalem Wege als Ganze zu Grabe tragen und eine „direkte“ Demokratie der Volksabstimmungen ausrufen soll. Ich denke, dass diese Vorstellung viel utopischer, irrealer ist als meine Forderung, dass eine verfassungsgebende Versammlung oder sogar der bestehende Bundestag unter dem Druck der Öffentlichkeit die qualitative Weiterentwicklung des bisherigen plutokratischen Halbparlamentarismus in ein wertgestuftes Gefüge eines 4-Kammer-Parlamentarismus überführt. Eine solche Wertstufendemokratie bildet nämlich, wie ich an vielen Stellen ausgeführt habe, *eine innere Synthese von parlamentarischer und direkter Demokratie*, weil jede Wahl von Abgeordneten zugleich eine Sachabstimmungen über einen der großen Sach- oder Wertbereiche darstellt.

In Ihrem zweiten Artikel „Direkte Demokratie“ (Heft 4/2019) rudern Sie insofern etwas zurück, als Sie dort nun einen Mix von Parlamentarismus und direkten Abstimmungen befürworten. *„Die Allmacht der Politik wird erst begrenzt, wenn Elemente einer direkten Demokratie das repräsentative System ergänzen. Direkt-demokratische Verfahren werden in das repräsentative System eingebettet“* (Heft 4, S. 32). Dieser Mix ist mir zu unklar und viel zu wenig.

Ich habe in dem Buch „Revolution der Demokratie“ (2003/2014) und öfter

ausgeführt, dass auch Volksinitiativen und Volksabstimmungen immer tonangebende Repräsentanten haben, was von den bisherigen Befürwortern der direkten geflissentlich übersehen wird – so als würde heutige direkte Demokratie die alte griechische Versammlungsdemokratie oder ein germanisches Thing sein (wovon die Bürgerversammlungen in Schweizer Gemeinden noch ein traditioneller Rest sind).

Ein Mix ist noch keine durchdachte, innere Synthese. Eine solche aber wäre eine gegliederte Wertstufendemokratie, indem *Wahlen von Vertretern zugleich Abstimmungen über sachliche Wertentscheidungen darstellen*, wo jedoch nicht das *Mehrheitsprinzip* allein herrscht, sondern zugleich die Prinzipien der Vertrauensdelegation sowie der kompetenten Beratung, die alle für eine weiter entwickelte Demokratie wesentlich sind. Die alte, konventionelle Demokratietheorie trägt dieser Dreiheit der Prinzipien nicht Rechnung. Zusammen mit der heute unerlässlichen systemischen Sichtweise sind es vier Prinzipien: die Mehrheitsregel (das von dem Revolutionär Friedrich Schiller für sich allein mit Recht als „Unsinn“ deklariert wurde!), die *Vertrauensübergabe* (Machtdelegation an kompetente Vertreter), das der Beratung von Kompetenten sowie eben das der *systemischen Gliederung*.

Das Zufallsprinzip (dem Sie das Wort reden, Heft 4, S. 30) gehört dagegen nach meinem Verständnis keineswegs zu den Prinzipien künftiger demokratischer Partizipation, weil diese stets Freiheit in Form von Eigenaktivität, Interesse und Kompetenz einschließen sollte. Die Chancengerechtigkeit muss anders hergestellt werden als durch blinden oder pseudoreligiösen Zufall, der schnelle und kompetente Entscheidungen behindern würde. Die unvorbereitet durchs Los beglückten Hobby-Parlamentarier brauchten lange quasi-therapeutische Hinführung auf ein solches Amt. Diese abstruse Idee jenes Belgiers, den sie zitieren, wurde im November 2016 im „Spiegel“ ausgebreitet, eben weil sie in ihrer Abstrusität völlig harmlos ist, während das Konzept der viergliedrigen Wertstufendemokratie noch nicht die Ehre hatte. Denn das würde ja ernst-

haft die erstarrte Republik in Bewegung bringen! Selbst diesbezügliche Leserbriefe wurden um die entscheidenden Passagen verstümmelt.

Das Aufkommen populistischer Strömungen in Großbritannien und ganz Europa sowie in den USA beweist derzeit deutlichst die grobe Einseitigkeit der direktdemokratischen Mentalität, die von den von Ihnen zitierten Vertretern (es sind dirigistische „Repräsentanten“!) von „Direkte Demokratie e. V.“ mit ideologischem Fleiß geleugnet wird. Ich war kurz nach der Brexit-Abstimmung von 2016 in einer Düsseldorfer Vereinsversammlung von „Mehr Demokratie“ und habe erlebt, wie krampfhaft man die offen zu Tage getretenen Gefahren dieser Einseitigkeit zu vertuschen suchte. Das Publikum zeigte sich übrigens interessiert und offen, als ich meine Vorstellungen von Wertstufendemokratie gegenüber einem aus der Schweiz „eingeflogenen“ Referenten zur Sprache brachte. Doch mochten die Leiter eine solche Diskussion über ihr zentrales Herzensanliegen „Volksabstimmungen auf Bundesebene“ nicht aufkommen lassen. In diese wenig bedeutungsvolle Richtung fließen derzeit die meisten Mittel und Kräfte des Vereins, auch die des Denkens. Schon hier wieder eine sehr gelenkte (ich weiß nicht von welchen Kreisen subventionierte) „Direktheit“ von Demokratie. Solche simple Direktheit ist nichts als eine Dirigierte, wie das Brexit-Theater besonders eindrucksvoll beweist. Dies könnte allerdings nunmehr, nach ausgiebiger öffentlicher Diskussion, nur durch eine neue Volksabstimmung würdig beendet werden.

Ich leugne also nicht den gelegentlichen Wert von Volksabstimmungen für Verfassungsfragen und für Fragen von nationaler Tragweite, und zwar nach reiflicher öffentlicher Diskussion. Nur taugen sie nichts für die alltäglichen demokratischen Entscheidungen. Dazu taugt dagegen ein mit systemischer Vernunft gegliedertes und jeweils kompetenten Vertretern beschicktes Parlament. Dieser Schritt wäre ein angemessener Wiedergutmachungsbeitrag der Denknation Deutschland in Sachen Demokratie.

Auch die von Ihnen so hochgelobte direkte Demokratie der (nach dem Urteil

eines Insiders und Kenners wie Jean Ziegler extrem plutokratischen und korrupten) Schweiz, besteht aus einem schwer durchschaubaren Mix von repräsentativen und direkten Elementen – was im Grunde zeigt, dass die historische Entgegensetzung beider Demokratiearten selbst überholt und derzeit hochideologisch ist. Ich kenne in Europa keinen selbstgefälligeren Nationalismus als den der „neutralen“ Schweiz, deren blühende Finanzgeschäfte, legale und illegale, seit dem Zweiten Weltkrieg von hochbewaffneten Ländern ringsum geschützt werden und die von drei (noch) intakten großen Kulturen außerhalb ihrer Grenzen zehrt. Uns dies als die Zukunft der Demokratie zu verkaufen, hat schon etwas merkwürdig Tendenziöses. Eine solche populistische Vertuschungs- bzw. Verklärungs- und Vereinfachungstendenz sehe ich leider auch in Ihren Ausführungen am Werk.

Zu guter Letzt: Wenn Sie das gegenseitige Zuhören als demokratische Tugend hervorheben (Heft 4, S. 31), wenn Sie vielleicht sogar das allseitige Zuwortkommen als Maßstab gelten lassen, dann muss ich doch noch einmal meine Verwunderung äußern, dass Sie meine konstruktiven, zwar friedlich-revolutionären, aber doch nicht ganz illusorischen, sondern sozialphilosophisch wohl fundierten Vorschläge zu einer gegliederten Wertstufendemokratie als einer kommunikativen Gesellschaft bei dieser wichtigen Diskussion gänzlich ignorieren. Eine Diskussion sind sie doch vielleicht immerhin wert.

Noch einmal, gerade für die Verwirklichung von Geldreform, gar einer Wirtschaftsdemokratie im mehr als gewerkschaftlichen Sinne ist dieser ganzheitlich-demokratische Rahmen völlig unerlässlich. Ohne das „schwere Gerät“ eines erneuerten demokratischen Rechtsstaates wird eine durchgreifende Geld- und Wirtschaftsreform, die Beseitigung der herrschenden Plutokratie, niemals friedlich möglich werden! Diese Einsicht sollte sich bei den Humanwirtschaftlern endlich herumsprechen. Wie übrigens auch eine durchgreifende Klimapolitik ohne effiziente Institutionen einer demokratischen Wertrealisierung, und das heißt einer intelligenten Wertstufen-Realisierung nach den genannten Ebenen auch nur ein

Notstands-, aber kein kontinuierliches Wert-Management sein kann. Das war mein Anliegen bereits in meinem allerersten Beitrag im „Dritten Weg“ (3/1994)^[2], der Vorgängerin der „Humanen Wirtschaft“, also vor 25 Jahren. Es war übrigens die erste Veröffentlichung überhaupt zur Idee der Viergliederung des Parlamentes, wofür ich dankbar bin. Während die Reflexions-Systemtheorie schon 1975 in meinen ersten Frankfurter Vorlesungen zum Durchbruch kam, war die Gliederung des Parlaments für die Praxis entscheidend.

Das Werden einer modernen Demokratie brauchte schon immer viel Zeit, mit ungeheuren Rückschlägen wie 1848 und 1933, auch Halbheiten wie 1990, zugestanden. Heute wird die Bedeutung des gegliederten Parlamentarismus, übrigens nicht zuletzt für Europa und neue gesamteuropäische Parteien, außerhalb der auf Geldreform allein zentrierten Kreise oft schon besser verstanden.

Ich hoffe, Ihnen, sehr geschätzter Herr Berger, und manchem Leser, die Tragweite und Ernsthaftigkeit meines demokratietheoretischen Anliegens neu in Erinnerung gerufen zu haben. 

Duisburg am Rhein, Ende Juli 2019

² Der damalige Titel lautete: *Natürliche Wirtschaftsordnung und natürliche Sozialordnung*; jetzt: *Vom menschlichen Handeln zum sozialen System*, Kap. 3 in: *Sprung aus dem Teufelskreis*, Varna 2005; Neuausgabe Baden-Baden 2019.

Zum Autor

Prof. Dr. habil. Johannes Heinrichs 



Jahrgang 1942, Prof. Dr. phil., Studium von Philosophie, Theologie, Germanistik und Psychologie, 1972 Promotion, 1975 Habilitation für Philosophie, war bis 2002, als Nachfolger Rudolf Bahros, Professor für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität. Seither Tätigkeit als freier Philosoph und Schriftsteller. Heinrichs ist Autor von über 20 Büchern.



<http://www.johannesheinrichs.de>
E-Mail: johannes.heinrichs@gmx.de